

**Antrag der Fraktion der CDU****Aus Corona - Erfahrungen lernen- Nichtständigen Ausschusses „Corona - Pandemie - Folgen“ einsetzen.**

Ende Februar 2020 wurde der erste Coronafall in Bremen bestätigt. Kurz darauf wurden Großveranstaltungen abgesagt, Geschäfte und Schulen geschlossen, bundesweit geltende Kontaktbeschränkungen in Kraft gesetzt, Reisebeschränkungen und Grenzkontrollen verhängt und das öffentliche Leben kam binnen kürzester Zeit fast vollständig zum Erliegen. Gleichzeitig stieg die Anzahl der infizierten und der hospitalisierten Personen rasant an und Ende März war das erste Todesopfer in Bremen zu beklagen. In den folgenden Monaten und bis zum heutigen Tag wechselten sich Phasen der Entspannung mit sinkenden Inzidenzwerten und Neuinfektionen mit erneuten und stärkeren Infektionswellen und entsprechenden Beschränkungen für das öffentliche Leben und die individuellen Freiheiten ab.

Themen, wie die materielle und personelle Ausstattung unserer Krankenhäuser, die Beschaffung, Bevorratung und Verteilung von Schutzmasken, Lüftungsstrategien und -technik, digitaler Unterricht, Distanzunterricht, mobiles Arbeiten und Homeoffice bestimmten ebenso den Alltag der Menschen in Bremerhaven und Bremen wie die politische Tagesordnung. Kurzarbeit, Soforthilfen, Überbrückungshilfen und Kredite wurden für Teile der Wirtschaft und viele Selbständige und Künstler:innen zum Rettungsanker.

Die Coronapandemie und ihre Folgen wirken in vielen Bereichen wie ein Brennglas und richtete die Aufmerksamkeit auf manchmal vernachlässigte Branchen und Themen, wie die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie, aber auch in der Pflege, im Einzelhandel oder im Bereich der Versandhandelslogistik. Einsamkeit, Vernachlässigung und häusliche Gewalt traten unter den pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen verstärkt auf. Das Informations- und Medienverhalten eines Teils der Bürger:innen hat sich, vermutlich auch aufgrund der Fülle der Informationen und Neuerungen, stark verändert. Eine Unterscheidung zwischen Fakten und Lügen gelingt ihnen nicht immer, wissenschaftliche Erkenntnisse werden ignoriert oder geleugnet, Verschwörungsmethoden geglaubt und die sogenannte Querdenker-Bewegung hat auch in Bremerhaven und Bremen Zulauf erfahren.

Gleichzeitig gab es aber auch eine enorme Welle der Hilfsbereitschaft und Solidarität während der Pandemie. So organisierten sich Nachbarschaftshilfen zum Einkaufen für ältere Mitbürger:innen oder solche die vorübergehend in Quarantäne waren. In vielen Firmen wurde gleichsam über Nacht mobiles Arbeiten möglich, alle Bremer Schüler:innen wurden mit iPads ausgestattet und die Nutzung von Videokonferenzsystemen wurde nicht nur im beruflichen Umfeld eine Selbstverständlichkeit. Überhaupt bekam die Digitalisierung in vielen Lebensbereichen einen enormen Schub. Anerkennung für Pflegekräften und Mitarbeiter:innen im Einzelhandel für ihre Arbeit wurde ebenso mit kreativen Aktionen, ob auf dem Balkon oder in den sozialen Medien, ausgedrückt und begleitet, wie Solidaritätsbekundungen für besonders betroffene Branchen und Berufe.

Der Bremer Senat und die Behörden des Landes und der Stadtgemeinde haben die Krisensituation angenommen und in vielen Bereichen schnelle, bürgernahe und innovative Lösungen gefunden. Die Bremische Bürgerschaft hat sich seit März 2020 in jeder ihrer regulären Sitzungen und in 4 Sondersitzungen mit der Pandemie und ihren Folgen beschäftigt. In kürzester Zeit wurde ein Gesetz zur Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Corona Verordnungen auf den Weg gebracht, dass eine effektive parlamentarische Kontrolle und Begleitung der Regelungen durch den Senat ermöglicht.

Auch wenn die aktuellen Inzidenzen, die Belegungssituation in den Krankenhäusern und der Impffortschritt einigen Grund zur Zuversicht geben, kann die Coronapandemie noch nicht als „überwunden und beendet“ gelten. Trotzdem scheint es nun angebracht, eine parlamentarische Bilanz zur administrativen und politischen Bewältigung der Coronapandemie im Land Bremen zu erarbeiten mit dem Ziel Schlussfolgerungen und Lehren sowohl für die Bewältigung der Coronafolgen, als auch für die Bewältigung zukünftiger Krisen zu ziehen und die Resilienz von Gesellschaft und Staat zu erhöhen. Dies betrifft die Ausstattung und Funktionsfähigkeit der Krisenstäbe, die Zusammenarbeit mit dem Bund, benachbarten Ländern und den Kommunen Bremerhaven und Bremen, die Konzentration auf notwendige Fähigkeiten und materielle Ausstattung zur Krisenbewältigung und gegebenenfalls erforderliche strukturellen Veränderungen.

Aufgrund der Bedeutung und des Umfangs einer solchen Analyse wird die Einrichtung eines nichtständigen Ausschusses zur Analyse und Bewertung der Folgen der Coronapandemie vorgeschlagen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) setzt gemäß Artikel 105 Absatz 1 der Landesverfassung einen nichtständigen Ausschuss zum Thema „Corona - Pandemie - Folgen“ ein.

Der Ausschuss hat die Aufgabe:

- eine Bestandsaufnahme und Evaluation der Zuständigkeiten und der Zusammenarbeit zwischen EU, Bund- dem Land Bremen und den Stadtgemeinden während der Pandemie vorzunehmen,
- eine Bestandsaufnahme und Evaluation der Krisen-Stabsarbeit einschließlich der Krisenkommunikation des Senats und der Ressorts durchzuführen und Verbesserungen und notwendige Veränderungen für die zukünftige Krisenarbeit, die taktische Fähigkeiten und die Struktur vorschlagen,
- eine Bestandsaufnahme und Evaluation des Katastrophenschutzes insbesondere im Hinblick auf die Zusammenarbeit der mitwirkenden Organisationen, des zur Verfügung stehenden Materials sowie des vorhandenen Personals,
- eine Bestandsaufnahme und Evaluation der zur Eindämmung der Pandemie getroffenen Maßnahmen des Senats einschließlich ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung vorzunehmen,
- eine Bestandsaufnahme und Evaluation der zur Abmilderung der wirtschaftlichen, sozialen und psychosozialen Folgen der Pandemie vom Senat getroffenen Maßnahmen, einschließlich ihrer Nutzung durch die jeweiligen Empfänger:innen, vorzunehmen,
- eine Bestandsaufnahme und Evaluation zur Aufgabenwahrnehmung der Krankenhäuser und der Gesundheitsämter während der Pandemie vorzunehmen,
- die Rolle und Beteiligung der Bremischen Bürgerschaft und ihre Zusammenarbeit mit dem Senat während der Pandemie zu prüfen und gegebenenfalls Verbesserungen vorzuschlagen,

- eine Abschätzung der mittel- und langfristigen Folgen der Pandemie einschließlich gegebenenfalls notwendiger Aufholprozesse in den Bereichen frühkindliche Bildung, Bildung und Kinder, Wirtschaft und Arbeit, Verkehr und Klima, Haushalt, Digitalisierung sowie für die öffentliche Verwaltung durchzuführen,
- 2. Der Ausschuss wird gebeten, der Bremischen Bürgerschaft bis September 2022 einen Abschlussbericht vorzulegen.
- 3. Der Ausschuss besteht aus zehn ordentlichen und zehn stellvertretenden Mitgliedern.
- 4. Die Senatsressorts werden gebeten, die Arbeit des Ausschusses zu unterstützen, insbesondere durch die Erteilung von Auskünften und Berichten zum Ablauf der Pandemie-Bewältigung und zu den Pandemiefolgen sowie durch die Vorlage von Verbesserungsvorschlägen.

Heiko Strohmann, Frank Imhoff, Thomas Röwekamp und  
Fraktion der CDU